

Sehr geehrter Herr , Sehr geehrte Frau,

ich wende mich an Sie als Bürger aus Ihrem Wahlkreis. Demnächst soll das sogenannte Kohleausstiegsgesetz im Deutschen Bundestag diskutiert werden.

Die Regelungen des vorgelegten Gesetzentwurfes sind unter vielen Gesichtspunkten völlig falsch und unzureichend. Sie dürfen deshalb nicht verabschiedet werden.

Die Regelungen sind klimapolitisch eine Katastrophe, weil sie die Verbrennung von gigantischen Kohlemengen bis ins Jahr 2038 vorsehen, obwohl dies, wissenschaftlich belegt, energiepolitisch nicht notwendig ist. Die damit verbundene CO₂-Emission verhindert, dass Deutschland seine Zusagen im Pariser Klimaabkommen einhalten kann. Drastische und dramatische Konsequenzen für das Klima und damit für uns alle wären kaum mehr abzuwenden. Das allein schließt die Zustimmung durch einen dem Gemeinwohl verpflichteten Volksvertreter definitiv aus!

Sie sind aber auch ordnungspolitisch / wettbewerbspolitisch völlig unzureichend, weil sie die Kohle mit weitreichenden Konsequenzen einseitig als systemrelevant erklären. Damit wird u.a. ein Bestandsschutz gewährt. Der Wettbewerb verschiedener Technologien, mit denen eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten ist, wird massiv verzerrt. Wie kann das sein?

Sie sind finanzpolitisch katastrophal, weil sie für das Abschalten längst abgeschriebener Kraftwerke enorme Entschädigungen aus Steuergeldern vorsehen. Dies entbehrt rechtlicher Grundlagen und betriebswirtschaftlicher Logik, würde aber die Gemeinschaft massiv belasten. Warum sollte das akzeptabel sein?

Sie sind innovationspolitisch eine Katastrophe, da sie den Status-quo zementieren und damit den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der selbstverständlich auch in den nächsten Jahren zu erwarten ist, ausblenden. Es wird ein Rettungsschirm für eine veraltete, zukunftslose Technologie geschaffen und damit gleichzeitig Weiterentwicklung und Ausbau erneuerbarer Energien blockiert. Tausende Arbeitsplätze in diesen innovativen Industrien werden dadurch gefährdet bzw. nicht geschaffen. Innovationen, die Basis des deutschen Wohlstandes, werden aktiv blockiert. Wie ließe sich das rechtfertigen?

Der Gesetzentwurf ist auch eine Ohrfeige für alle Beteiligten an der Kohlekommission. Grundlegende Empfehlungen der Kohlekommission werden missachtet. Genau so wird Politikverdrossenheit „produziert“ und die Wähler werden in die Arme der AfD getrieben.

Sehr geehrter Herr ..., diese Aufzählung grundlegender, politischer, selbst „handwerklicher“ Fehler des Gesetzentwurfes ließe sich fortsetzen. Jeder Kritikpunkt für sich ist ausreichend, den vorliegenden Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte Sie deshalb bzw. fordere Sie hiermit auf, sich eindeutig gegen diesen Gesetzentwurf auszusprechen. Er entspricht nicht im Geringsten den Interessen der Mehrheit der Menschen in Deutschland und erst recht nicht derer in Berlin.

Ich bitte Sie um eine Information, welche Maßnahmen Sie hier ergriffen haben.

Mit freundlichen Grüßen,